



• 04.10.2007

<http://maybritillner.zdf.de/ZDFde/inhalt/8/0,1872,7101160,00.html>



Bildquelle dpa

Dein Aufstieg, mein Abstieg - wird Deutschland immer ungerechter?

War Hartz zu hart?

Kommando zurück im Namen der Gerechtigkeit

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) unterstützt den Vorstoß von SPD-Chef Kurt Beck für eine längere Zahlung von Arbeitslosengeld I an Ältere. "Wenn die Bürger zu Recht das Gefühl haben, hier ist etwas falsch gelaufen, dann kann man es auch korrigieren", sagte Wowereit in der ZDF-Sendung "Maybrit ILLNER". Es sei "völlig klar", dass Beck für seinen Vorschlag auf dem Bundesparteitag der SPD Ende Oktober in Hamburg eine "klare Mehrheit" erhalten werde.



Klaus Wowereit

"Wir haben die Situation, dass gerade bei Älteren Dauerarbeitslosigkeit sein wird", betonte Wowereit. Wenn auf ein Jobangebot hundert Bewerbungen kämen, habe jemand über 50 de facto keine Chance. Es sei daher "sozial gerechter, jemandem mehr Geld zu geben, der länger eingezahlt hat". Die derzeitige Regelung werde in der Bevölkerung "sehr stark als Ungerechtigkeit empfunden", mahnte der SPD-Politiker. Beck hatte gefordert, die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I für Menschen ab 45 Jahren auf 18, vom 50. Lebensjahr an auf 24 Monate zu erhöhen. Derzeit wird die Leistung grundsätzlich nur noch zwölf Monate lang gezahlt, für Erwerbslose ab 55 Jahre 18 Monate lang. Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) hatte sich strikt gegen eine Abkehr vom bisherigen Kurs ausgesprochen.

"Beck setzt sich durch"

Nach Ansicht Wowereits steht die SPD aber mit großer Mehrheit hinter ihrem Vorsitzenden. "Ich bin ganz sicher, Kurt Beck wird sich da durchsetzen, weil das eine breite Grundstimmung in der Partei ist." Auch gebe es dafür "breite Sympathie in der Bevölkerung". Eine Spaltung seiner Partei fürchtet Wowereit nicht. Der Kurswechsel richte sich weder gegen Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) noch gegen Müntefering. Es handele sich um eine "zeitgemäße Änderung" in einem "Detailpunkt". "Das zerreißt nicht die SPD", unterstrich der Regierende Bürgermeister.

Zugleich setzte sich Wowereit für eine Erhöhung des "Hartz IV"-Regelsatzes ein. "Wenn die Preise steigen, muss selbstverständlich auch das Arbeitslosengeld II steigen." Auch müsse der Regelsatz die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. "Ich will, dass jemand, der Hartz IV bekommt, auch mal ins Kino oder Theater gehen kann", sagte der SPD-Politiker.



Gabriele Aurin

"Verlängerung des Leidens"

Die arbeitslose Bürokauffrau und Gründerin des Vereins "50plus Hilfe e.V." Garbiele Aurin unterstrich, dass sie es für sehr richtig halte, dass diese Diskussion um Gerechtigkeit nun erneut geführt werde. Sie trat für die Rechte älterer, oftmals unverschuldet Arbeitsloser ein, die 30 oder mehr Jahre in die Sozial- und Steuerkassen des Landes eingezahlt haben. Die in Aussicht gestellte Verlängerung der Auszahlung des Arbeitslosengeldes I um sechs Monate sei in ihren Augen allerdings nur die "Verlängerung des Leidens".

Wer sich im Alter über 18 Monate hin vergeblich um Arbeit bemüht habe, der werde kaum in den folgenden sechs eine Anstellung finden. Dies sei Realität. Sie selbst habe über 250 Bewerbungen geschrieben - ohne Erfolg. Da bekomme man "Panik". Die Folge sei, dass viele ihrer Leidensgenossen, die sie durch ihre Vereinsarbeit kennengelernt habe, inzwischen regelrecht krank seien. Den "Absturz von oben" würden viele nicht verkraften. Die mangelnde Anerkennung der Lebensleistung ließ das Selbstbewußtsein dieser Menschen immer geringer werden. Sie kritisierte, das in den letzten 15 Jahren Politik wie Unternehmen zu wenig in ältere Mitarbeiter investiert hätten.



Guido Westerwelle

"Bittere Medizin"

FDP-Chef Guido Westerwelle lehnte Korrekturen an den "Hartz"-Reformen ab. Diese seien "die berühmte bittere Medizin" gewesen als "Voraussetzung dafür, dass es besser werden kann". Der angefangene Reformweg müsse weitergegangen werden. "Wenn wir so tun, als wären die Taschen wieder voll, als könnten wir wieder austeilen, werden wir wieder bei fünf Millionen Arbeitslosen sein, wenn sich die Konjunktur eintrübt", sagte Westerwelle. Ohne den aktuellen Druck von Links gäbe es diese Vorschläge der SPD heute nicht, war sich der FDP-Chef sicher. Man müsse jedoch auch weiterhin "Treuhänder" der Steuerzahler sein, denn auch sie "haben Anspruch auf Gerechtigkeit".



Arend Oetker

Auch der Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Arend Oetker, warnte vor einer Umkehr. Dank der Reformen gebe es heute bis zu eine halbe Million Langzeitarbeitslose weniger. "Es muss jeder Anreiz gegeben werden, möglichst schnell wieder eine Arbeit zu bekommen", forderte Oetker.

Infobox

Die Gäste:

- **Klaus Wowereit** (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin
- **Guido Westerwelle** (FDP), Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzender
- **Arend Oetker**, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie
- **Gabriele Aurin**, Gründerin des Vereins "50plus-Hilfe", arbeitslose Bürokauffrau - von Hartz IV bedroht